



Bericht des Bürgerbeauftragten vom 25. April 2002

Mit dem Rechenschaftsbericht, den ich über meine Arbeit als Bürgerbeauftragter der Stadt Heidelberg für das vergangene Jahr vom 1. April 2001 bis 30. März 2002 satzungsgemäß abzugeben habe, möchte ich anschließen an die Thematik des vorangegangenen Berichtes vom

5. April 2001. Ausgehend von Fakten und Erfahrungen des letzten Jahres will ich Sie über meine Arbeit, die erzielten Arbeitsergebnisse sowie über Problemfälle unterrichten und dazu auch Vorschläge und Anregungen abgeben.

Nicht viel Worte möchte ich verlieren zu den Arbeitsergebnissen. Dazu darf ich hinweisen auf die Ihnen vorliegende Statistik, die in der gewohnten und – wie ich meine – bewährten Weise zeigt, dass Arbeitsanfall (123 Zugänge), Erledigungen (129 Sachen) und Erfolgsquote (36,43 %) sich im Rahmen der Schwankungsbreite der letzten 5 Jahre halten.

Ein wichtiges Ereignis des vergangenen Jahres ist die Neufassung der Satzungsbestimmungen, die die Aufgaben und die Arbeit der Bürgerbeauftragten regeln, sowie der ergänzenden allge-meinen Dienstanweisung der Frau Oberbürgermeisterin vom 26. Oktober 2001. Unsicherheiten und Unklarheiten, die nach der alten Fassung dieser Regelungen für die Arbeit der Bürgerbeauf-tragten bestanden und auf die ich im Bericht für das Vorjahr hingewiesen hatte, sind jetzt nicht mehr vorhanden. Es ist jetzt kein Raum mehr für den Einwand, die Initiativen des Bürgerbeauf-tragten seien nicht legitim, weil der Bürger ja auch anwaltlich vertreten sei oder weil die Be-troffenen – aus welchen Gründen auch immer – ihr Einverständnis mit dem zu beanstandenden Standpunkt der Verwaltung erklärt haben. Darüber hinaus haben die neuen Regelungen die Möglichkeiten des Bürgerbeauftragten, die Interessen der Bürger Heidelbergs vor der Verwal-tung und den Einrichtungen der Stadt Heidelberg zu verfechten, auch noch in anderer Weise gestärkt. Der Bürgerbeauftragte hat jetzt ausdrücklich nicht nur in konkreten Einzelfällen, sondern aus jedem konkreten Anlass das Recht, mit Beanstandungen, Vorschlägen und Anregungen an

die Verwaltung heranzutreten, um ein Verwaltungshandeln nach Recht, Billigkeit und Bürgerfreundlichkeit zu fördern. Es kann wohl kaum bestritten werden, dass dies für die Bürger Heidelberg günstig ist und deshalb begrüße ich sehr, dass Gemeinderat und Oberbürgermeisterin die Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit des Bürgerbeauftragten Heidelbergs in dieser Weise geändert, gefestigt und verbessert haben. Seitdem sehe ich mich meiner praktischen Arbeit berechtigt aber auch verpflichtet, aus gegebenem Anlass über den Einzelfall hinaus bürgerfreundlicheres – d.h. vor allem für den Bürger verständlicheres und einleuchtenderes – Verwaltungshandeln anzuregen. Dafür besteht meines Erachtens nicht nur dann ein Anlass, wenn es darum geht, ob die Verwaltung richtig entschieden hat, sondern auch dann, wenn es um die Eingängigkeit von Begründungen für Verwaltungsentscheidungen oder um die Sprache der Verwaltung geht. In meiner Arbeit habe ich die Erfahrung gemacht, dass nicht wenige Bürger durchaus bereit sind, auch nachteilige Entscheidungen hinzunehmen, wenn sie nur die Gründe dafür verstehen. Es lohnt sich deshalb immer, Bescheide nicht nur formelhaft, sondern konkret, einleuchtend und gut zu begründen und die Vermittlung solcher Gründe gehört zu den Aufgaben des Bürgerbeauftragten und zwar sowohl im Interesse der Bürger als auch der städtischen Verwaltung.

Eine gute, erfolgreiche Zusammenarbeit auf diesem Felde und beim Ringen um Entscheidungen in der Sache selbst gibt es auch aus dem vergangenen Jahr für den Bereich fast aller Dienststellen der Stadt. Aus der Reihe der Ämter, mit denen der Bürgerbeauftragte am meisten zu tun hatte, ist in erster Linie die Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Angelegenheiten zu nennen, mit dem zur Lösung schwieriger Leistungsfragen und bedrängender Sachlagen kreative, sachgerechte und zum Teil auch ungewöhnliche Lösungen erarbeitet werden konnten und dies durchaus im Rahmen der bestehenden Gesetze. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechtsamtes waren durchweg bereit, allgemeine Problemlagen in fruchtbarer Weise mit mir zu erörtern, mich rechtskundig zu machen und auf meine Vermittlungsbemühungen in Versicherungsangelegenheiten, Bußgeldsachen und in Konflikten mit der Verkehrsüberwachung konstruktiv einzugehen. Ähnliches gilt für das Bürgeramt. Auch das Kassen- und Steueramt hat in Forderungs- und Vollstreckungsfällen sich meinen Initiativen gegenüber aufgeschlossen gezeigt und fast immer einer vermittelnden Lösung zugestimmt. Gleiches gilt für das Umweltamt, bei dem insbesondere die Bereitschaft zur bürgerfreundlichem Vorgehen imponierte auch dort, wo Wünsche nicht oder nicht voll erfüllt werden konnten. Auch die Bereitschaft der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz, sich mit meinen Anregungen in Wohnungssachen zu befassen und soweit wie möglich zu helfen, will ich hier erwähnen. Besonders hervorheben möchte ich die gute Zusammenarbeit mit der Frau Oberbürgermeisterin. Sie hat die Arbeit des

Bürgerbeauftragten aktiv unterstützt und war auch dort, wo sie meinen Anregungen nicht folgen mochte oder mit meiner Sicht der Dinge nicht einverstanden war, immer bereit, abzuwägen und zu prüfen. Den Versuch, durch eine Initiative der Frau Oberbürgermeisterin einen Konflikt zu Gunsten der Bürgerseite entscheidend beeinflussen zu lassen, habe ich im vergangenen Jahre nur in einem Falle unternommen, von dem ich später noch berichten werde. Mir war immer bewusst, dass Bürgerbeauftragte mit ihren Vorschlägen nicht immer durch-dringen können. Deshalb kam schon von mir aus nur in wenigen, gravierenden Fällen in Betracht, eine Intervention der Frau Oberbürgermeisterin anzuregen und dies geschah in den fünf Jahren meiner Tätigkeit auch nur in drei Fällen.

Im vergangenen Jahr habe ich wieder die Erfahrung gemacht, dass die Bereitschaft und Ernsthaftigkeit mit der Zusammenarbeit des Bürgerbeauftragten nach persönlicher Zuständigkeit in Ämtern und Abteilungen recht verschieden ist. So sind z.B. mit dem Amt für Liegenschaften zum Teil intelligente und gute Lösungen für Problemlagen einzelner Bürger gefunden worden, andererseits ist aber auch auf Anfragen von mir nur unvollständig eingegangen worden oder mir gesagt worden, ich solle mich mit meinen Vorschlägen doch besser an die Frau Oberbürgermeisterin wenden. Überrascht hat mich, dass mir in einem Falle erklärt worden ist, nach anwaltlicher Beratung könne dem von mir vorgelegten schriftlichen Entwurf einer Problemlösung nicht zugestimmt werden. Dass ein Amt sich wegen der Vorschläge des Bürgerbeauftragten, der ja auch Beamter der Stadt ist, auf Kosten der Stadt anwaltlich beraten lässt, fand ich schon sehr ungewöhnlich. Zu dieser Frage habe ich das Amt auch ausdrücklich gebeten, vorhandene Zweifel doch mit dem Bürgerbeauftragten direkt zu erörtern und unterschiedliche Auffassungen zur Rechtslage notfalls durch eine gutachtliche Stellungnahme des Rechtsamtes klären zu lassen. Leider habe ich darauf eine Antwort nicht erhalten.

Aus der Aufgabe des Bürgerbeauftragten, sich gemäß § 3 Nr. 1 der neuen Satzung für ein Verwaltungshandeln nach Recht, Billigkeit und Bürgerfreundlichkeit einzusetzen und seiner Pflicht, dem Gemeinderat über seine Tätigkeit zu berichten, folgt nach meinem Verständnis auch die Verpflichtung, jedenfalls solche Fälle im Einzelnen zu benennen und zu beschreiben, in denen aus der Sicht des Amtes Recht, Billigkeit oder Bürgerfreundlichkeit gravierend verletzt wurden. Bürgerbeauftragte werden mit solchen Schilderungen grundsätzlich zurückhaltend sein, weil sie damit rechnen müssen, dass die Beschreibung solcher Fälle zu einem angespannten Verhältnis mit den betroffenen Ämtern oder Einrichtungen der Stadt und den dort tätigen Mitarbeitern führen. Andererseits müssen für den Bürgerbeauftragten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heidelberg aber vorrangig sein und zwar gerade auch dort, wo die Kritik an der Verwaltung nicht einfach

oder angenehm ist, aber unumgänglich erscheint. Nach diesen Gesichtspunkten sehe ich mich veranlasst, Ihnen einige Fälle darzustellen:

Der erste Fall wurde im April 2001 an mich herangetragen. Zwei Heidelberger Mitbürger wandten sich an den Bürgerbeauftragten, weil sie ihre Einwendungen gegen einen in der Nachbarschaft beantragten bzw. schon stattfindenden Bau nicht beachtet sahen. Zunächst habe ich ihnen gegenüber und auch gegenüber dem Amt für Baurecht und Denkmalschutz klargestellt, dass ich mich über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Einwendungen jeden Urteils enthalten müsse und werde, weil ich mich in den Interessenkonflikt zwischen einem Bauherren in Heidelberg und seinen Nachbarn in Heidelberg nicht einmischen dürfe. Allerdings sah ich mich berechtigt, Ermittlungen zu der Frage anzustellen, in welcher Weise das Baurechtsamt die nachbarschaftlichen Einwendungen formell behandelt hatte. Meine Prüfung ergab, dass gegen Angrenzeranhörungen vom November/Dezember 2000 und vom März 2001 innerhalb von 4 bis 8 Monaten noch keine Entscheidung des Baurechtsamtes getroffen worden war. An der verzögerlichen Bearbeitung dieser Angelegenheit nahm auch meine Initiative als Bürgerbeauftragter teil, denn meine Anfrage vom 15. Mai 2001 wurde trotz mehrerer Fristsetzungen erst am 17. Juli 2001 beantwortet. Dazu wurde im Antwortschreiben behauptet, die Stellungnahme hätte nicht termingerecht abgegeben werden können, „da die umfangreichen anfallenden Arbeiten im Vorfeld desurlaubes des zuständigen Sachbearbeiters dies nicht mehr zuließen“. Am Ende der Mitteilung vom 17. Juli 2001 heißt es dann auch noch, es werde „die nachbarliche Würdigung der vorgetragenen Einwendungen ... derzeit vorbereitet“ – „derzeit“: nach bis zu 8 Monaten! Wie auch immer: Die nachbarschaftlichen Einwendungen wurden schließlich mit Bescheid vom 7. August 2001 zurückgewiesen und der Fall danach bei mir weggelegt.

Im April 2002 wandten sich die betroffenen Bürger nun erneut an mich und beklagten weitere Verzögerungen in der Bearbeitung nach der Erhebung des Widerspruches. Den mir vorgelegten Unterlagen entnahm ich, dass das Amt für Baurecht und Denkmalschutz zu einem Widerspruch mit Schreiben vom 8. Oktober 2001 mitteilte, vor der Übersendung der Akten an das Regierungspräsidium Karlsruhe zur Entscheidung über den Widerspruch bestehe innerhalb von 14 Tagen die Gelegenheit, den Widerspruch auch aus Gründen der Kostenersparnis zurück-zuziehen. Dazu heißt es in dem Schreiben ausdrücklich, es müsse selbst bei einer Rücknahme des Widerspruches eine Verwaltungsgebühr von 10 DM und höchstens 2.500 DM festgesetzt werden und eine Gebühr durch das Regierungspräsidium könne nur vermieden werden bei einer Rücknahme vor Beginn der sachlichen Bearbeitung dort. Die Empfängerin des Schreibens fühlte sich durch den darin genannten

Gebührenrahmen doch sehr erschreckt und erkundigte sich von sich aus, welche Gebühr denn von dem Regierungspräsidium zu erwarten sei. Als sie dort die Auskunft erhalten hatte, die Gebühr werden allenfalls 200 DM betragen, sah sie von einer Rücknahme des Widerspruchs ab in der Erwartung, dass das Baurechtsamt den Widerspruch jetzt an das Regierungspräsidium weiterleiten würde. Zu ihrem und auch meinem Erstaunen erhielt die Betroffene am 18. März 2002 – nach weiteren 5 Monaten – aber erneut einen Brief vom Amt für Baurecht und Denkmalschutz, das jetzt eröffnete, mit gleicher Post würden die Akten dem Regierungspräsidium vorgelegt werden, und erneut die Möglichkeit der Rücknahme des Widerspruches zur „Vermeidung evtl. Kostennachteile“ ansprach.

Die Bürgerin ist empört und ich verstehe das. Sie sieht in der Mitteilung des Gebührenrahmens bis 2.500 DM eine Einschüchterung und in dem weiteren Abwarten des Amtes bis zur Vorlage des Widerspruches meines Erachtens zu Recht eine pflichtwidrige Benachteiligung ihrer Interessen. Dazu möchte ich wiederholen, dass gegen die unterschiedlichen Bauanträge Einwendungen schon im November/Dezember 2000 bzw. März 2001 erhoben worden und dass seitdem mehr als ein Jahr verging, in dem es auf dem Bau immer weitergegangen ist. Im Übrigen hat mir der weitere beteiligte Nachbar eine zur selben Thematik erhobene Dienst-aufsichtsbeschwerde in einer Mehrfertigung übergeben zur Verwendung in diesem Berichte. Davon sehe ich ab, weil die Entscheidung über die Dienstaufsichtsbeschwerde fernab meiner Zuständigkeit ist und ich auch jede Kommentierung dazu unterlassen will.

Der zweite Fall betrifft die Genehmigung des Umbaus für eine Klein-Gaststätte (Kiosk) durch das Amt für Baurecht und Denkmalschutz. Das Amt erteilte dazu nach umfangreicher, viele Monate dauernder Prüfung am 7. Juli 2000 eine gebührenpflichtige Genehmigung, die im Bescheid an bestimmte Auflagen geknüpft wurde und zusätzlich nur für eine Frist von zwei Jahren erteilt wurde, weil – wie es im Bescheid heißt – „sicherzustellen ist, dass sich durch die Nutzung keine Missstände bzw. unzumutbaren Beeinträchtigungen ergeben“. Zusätzlich heißt es im Bescheid, „nach Ablauf der Frist ist der alte bauliche Zustand wieder herzustellen“.

Nach dieser Bescheidregelung standen die finanziellen Aufwendungen für den Umbau also unter der Ungewissheit, dass sie sich nach 2 Jahren als vergeblich herausstellen könnten und dass stattdessen weitere Aufwendungen für die Beseitigung des gerade vorgenommenen Umbaus in Betracht kämen. Schon deshalb habe ich die Befristung von Anfang an als für die Antragsteller unzumutbar und als rechtlich fehlerhaft angesehen, zumal

das allgemeine Verwaltungsrecht für Fälle des Missbrauchs einer Genehmigung deren Entziehung vorsieht. Dies muss ein Baurechtsamt wissen und daran muss es sich halten. Die betroffene Bürgerseite hatte sich durch die Befristung und die davon ausgehenden finanziellen und existenziellen Unsicherheiten von Anfang an schwer belastet gefühlt. Sie hat aber von Rechtsmitteln gegen den Bescheid abgesehen, weil sie im vorhinein auf Anfrage des Amtes erklärt hatte, sie werde die Gesamtregelung hinnehmen. Hier möchte ich betonen, dass diese Mitteilung die Rechtswidrigkeit der Befristung keineswegs aufhebt, denn eine Verwaltung darf auch dann nicht rechtswidrig handeln, wenn Betroffene – aus welchen Gründen auch immer – sich nicht dagegen wehren wollen. Dazu war die Bauherrin bereit, weil ihr andernfalls über ihren Rechtsanwalt die Ablehnung des Bauantrages in Aussicht gestellt worden war und sie so noch die Hoffnung auf eine Verlängerung hatte. Auch ein solches Geschehen erscheint mir bedenklich und mit dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung kaum vereinbar. Hierüber hatte ich bereits im letzten Jahr berichtet und darauf muss ich jetzt zurückkommen, nachdem mir im Verlauf des vergangenen Jahres ein Gutachten des Rechtsamtes in einer anderen Angelegenheit bekannt geworden war, in dem ebenfalls die Auffassung vertreten wird, die Befristung von Baugenehmigungen seien rechtlich nicht zulässig.

Mit Schreiben vom 15. Mai 2001 habe ich deshalb angeregt und empfohlen, in Anbetracht „dieser Sachlage und des Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ... das Verwaltungsverfahren von Amts wegen wieder aufzunehmen und die in der Baugenehmigung vom 7. Juli 2000 enthaltene Befristung der Genehmigung zurückzunehmen“. Das Amt für Baurecht und Denkmalschutz antwortete unter dem 11. Juli 2001, der Bescheid vom 7. Juli 2000 sei bestandskräftig geworden und es sei auch keine Änderung der Sach- und Rechtslage eingetreten, so dass kein Grund bestehe, den Vorgang von Amts wegen aufzugreifen. An dieser Stelle muss ich sagen, dass es zumindest der Billigkeit und schon gar nicht einer Bürgerfreundlichkeit entspricht, an eindeutig rechtswidrigen Regelungen festzuhalten, lediglich weil das Verwaltungsverfahren formell erledigt ist. Dieser meiner Auffassung entspricht auch ein Schreiben des zuständigen Dezernenten vom 28. Juli 2001, der abweichend von der Stellungnahme des Amtes für Baurecht und Denkmalschutz mitteilte, es werde eine unbefristete Baugenehmigung erteilt, sobald ein entsprechender Antrag gestellt sei. Ich hoffte, die Sache würde nun ein gutes Ende haben; leider kam es anders.

Nachdem dem Amt für Baurecht und Denkmalschutz der geforderte Antrag am 5. September 2001 vorgelegt worden war, folgte nämlich nicht die vom Baubürgermeister zugesagte unbefristete Baugenehmigung. Stattdessen wiederholte das Amt mit Anfragen – z.B. auch bei der

Polizeidirektion – und weiteren Einzelprüfungen das gesamte Genehmigungsverfahren. Dieses Vorgehen zeigt, dass das Baurechtsamt nicht bereit war, die bereits vom Baubürgermeister zugesagte unbefristete Baugenehmigung aufgrund eben dieser Zusage zu erteilen, sondern dass das Amt stattdessen meinte prüfen zu müssen, ob nicht doch – entgegen der Zusage – eine Ablehnung auszusprechen sei. Wenn ich das kritisiere, so tue ich das nicht, um mich in das Verhältnis zwischen Amtsleitung und Dezernenten einzumischen, sondern im Interesse der Bürger Heidelberg. Sie sollten darauf vertrauen können, dass amtliche Zusagen gelten und nicht wieder infrage gestellt werden.

Mit Bescheid vom 29. November 2001 – ca. 4 Monate nach Zusage und Antrag – erteilte schließlich das Baurechtsamt die unbefristete Baugenehmigung. Leider hat der Fall damit immer noch kein Ende gefunden. Dies deshalb nicht, weil das Baurechtsamt für den neuen Bescheid eine erneute Gebühr in Höhe von 486 DM festsetzte und damit einen neuen Konflikt schuf. Mein Hinweis, dass es sich bei dem Bescheid über die unbefristete Baugenehmigung inhaltlich im Wesentlichen nur um die Rücknahme der Befristung aus dem Vorbescheid handelte, das heißt also, um die Korrektur eines insoweit zunächst rechtswidrig gewesenen Verwaltungsaktes der Stadt Heidelberg, und es deshalb zumindest nicht angemessen sei, für die durch das Verhalten der Stadt selbst notwendig gewordene Korrektur Kosten vom Bürger zu verlangen, änderte nichts. Stattdessen erhielt ich nach mehr als 2 ½ Monaten ein Schreiben des Baurechtsamtes, in dem der weitaus überwiegende Teil sich damit befasst, die schon für den ersten Bescheid festgesetzte und gar nicht angegriffene Gebühr von 532 DM zu rechtfertigen und in dem am Ende die Rücknahme der erneuten Gebührenforderung abgelehnt wurde u.a. mit der Behauptung, es bestehe nicht die Möglichkeit, auf die Erhebung der Gebühr zu verzichten. Diese Art der Antwort hat mich doch sehr verwundert, weil sie die Lage im Baudezernat so darstellt, als gebe es dort niemanden, der die Verantwortung für die Rücknahme einer Gebühr übernehmen könne, die rechtlich bedenklich ist und zumindest unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe unterbleiben müsste.

Ehe ich mich erneut äußern konnte, hatte das Baurechtsamt schon die Beitreibung der Gebührenforderung veranlasst und der Empfängerseite mitgeteilt, der von dort auch eingelegte Widerspruch werde an das Regierungspräsidium weitergeleitet werden, falls er nicht zurückgenommen werde. Dieses Vorgehen muss ich bemängeln, weil es nicht der Dienstanweisung der Frau Oberbürgermeisterin vom 26. Oktober 2001 (Ziffer 4 b) entspricht, wonach ablehnende Entscheidungen grundsätzlich nicht zu erteilen sind, solange die Vermittlungsbemühungen des Bürgerbeauftragten noch nicht abgeschlossen sind. Sinn dieser Anweisung ist es, dass solche Bemühungen nicht abgeschnitten oder unterlaufen

werden sollen. Das hat das Baurechtsamt nicht in der gebotenen Weise beachtet und das muss prinzipiell beanstandet werden, weil ein solches Verhalten geeignet ist, vermeidbare Unruhe und Belastung auf der Bürgerseite hervor-zurufen, wie das im vorliegenden Falle auch geschah.

Nachdem ich schließlich erreicht hatte, dass die Gebührenbeitreibung zunächst eingestellt wurde, habe ich mit Schreiben vom 12. März 2002 meinen Standpunkt noch einmal detailliert dargelegt und zu den einzelnen Punkten meines Schreibens um eine Stellungnahme gebeten, um erforderlichenfalls dazu auch eine gutachtliche Stellungnahme des Rechtsamtes einholen zu können. Für Interessierte füge ich mein Schreiben vom 12. März 2002 dem Bericht bei (Anlagen 3 und 4). Leider habe ich bis heute darauf keine Antwort erhalten.

Der dritte Fall betrifft die Bauvoranfrage wegen eines geplanten Dachausschnittes (Terrasse) in einem Haus, das vor allem wegen seiner Fassade unter Denkmalschutz steht. Zur Bauvoranfrage teilte das Amt für Baurecht und Denkmalschutz der Antragstellerseite mit, der Bau des Dachein-schnittes stelle eine Teilzerstörung und Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes des Anwesens dar und sei daher nicht „genehmigungsfähig“. Gleichzeitig wurde anheim gestellt, den Antrag zurückzuziehen.

Nachdem ich als Bürgerbeauftragter Gegenvorstellungen erhoben und insbesondere zu bedenken gegeben hatte, dass der Dacheinschnitt wegen der Art der Baulichkeit und der sie umgebenden Gebäude letztlich nur aus der Luft wahrnehmbar sei, teilte das Amt mit, denkmal-schutzrechtlich sei unbeachtlich, ob der das Erscheinungsbild des Denkmals störende Umbau von der Straße oder vom Hof aus eingesehen werden könne oder nicht. Ergänzend wies das Amt darauf hin, es lägen bereits baurechtliche Verstöße vor, die allein für eine Ablehnung des geplanten Dachterrassenbaus ausreichen würden (Unterschreitung der Mindesthöhe von Aufenthaltsräumen, die sich bereits im Dachraum befänden, Fehlen eines zweiten Rettungs-weges, Vorhandensein ungenehmigter Dachflächenfenster).

Letzterem war schon deshalb entgegenzutreten, weil die vom Baurechtsamt genannten Bau-rechtsverstöße (Deckenhöhe etc.) überhaupt keine Bestandteile der beabsichtigten Terrassen-bildung darstellen und weil das Vorliegen von ungenehmigten oder sonst wie rechtswidrig herbeigeführten baulichen Veränderungen an einem Haus für sich allein noch nicht die Ab-kehrung irgendwelcher anderweitiger Änderungen rechtfertigt. Dies deshalb nicht, weil eine solche Verknüpfung denknotwendig zu unhaltbaren Ergebnissen führen

müsste, denn in der Konsequenz einer solchen Verknüpfung wären selbst solche geplanten Veränderungen abzulehnen, die für sich genommen durchaus genehmigungsfähig oder gar genehmigungspflichtig wären. Denkmalschutzrechtlich habe ich dem Baurechtsamt im Einzelnen unter Berücksichtigung von Literatur und Rechtsprechung dargelegt, dass die Wahrnehmbarkeit einer Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes eines Denkmals durchaus in die Beurteilung mit einfließen muss und dass nicht jede, sondern nur erhebliche nachteilige Beeinflussungen des Erscheinungsbildes die Ver-sagung einer Genehmigung rechtfertigen. Außerdem habe ich geltend gemacht, dass bei der Prüfung der Frage, ob beantragte Änderungen an denkmalschutzrechtlich geschützten Gebäuden abgelehnt werden oder nicht, grundsätzlich, immer und in jedem Falle eine Abwägung zwischen den Belangen des Denkmalschutzes und den Interessen des Eigentümers vorgenommen werden muss mit dem Ziel, einen möglichst vernünftigen Ausgleich zu finden. Ausdrücklich habe ich darauf hingewiesen, dass nach der Literatur zum Denkmalschutzrecht einer Veränderung im Interesse des Eigentümers umso eher zuzustimmen ist, je geringer der Denkmalswert des betroffenen Bauteiles – hier das kaum sichtbare Dach - ist (Schreiben 31.Oktober 2001).

Das Amt für Baurecht und Denkmalschutz hat am 23. November 2001 erwidert, das Gebäude besitze die Eigenschaft als Kulturdenkmal kraft Gesetzes und es obliege dem Eigentümer, eine Überprüfung dieser Eigenschaft beim Landesdenkmalamt zu veranlassen. Diese Stellungnahme fand ich verblüffend, weil sie auf meine Darstellung der vom Denkmalschutzamt vorzunehmenden Prüfung keine Notiz zu nehmen schien und ich keinesfalls irgendwie geäußert hatte, der Denkmalschutz für das Gebäude solle schlechthin entfallen. Deshalb habe ich rückgefragt, ob dies eine Entgegnung auf meine Darstellung sein sollte und das ist mit Schreiben vom 12. Dezember 2001 ausdrücklich bestätigt worden, in dem die Rechtslage erneut so dargestellt wird, als könne der beabsichtigte Dacheinschnitt überhaupt nur dann genehmigt werden, wenn der Denkmalschutz für das gesamte Gebäude aufgehoben werde. An dieser Beurteilung hat die Bauverwaltung auch in einer längeren mündlichen Erörterung der Angelegenheit festgehalten, an der neben dem zuständigen Dezernenten und dem Amtsleiter des Amtes für Baurecht und Denkmalschutz auch ein Sachbearbeiter des Amtes für Baurecht und ein Mitarbeiter des Rechtsamtes teilgenommen haben. Vonseiten der Bauverwaltung wurde mir dabei übereinstimmend erklärt, mein Schreiben zur Rechtslage habe man so verstanden, als würde die Aufhebung des Denkmalschutzes insgesamt verlangt.

Damit mein Erstaunen darüber von jedem Interessierten nachvollzogen werden kann, habe ich meinen Teil der geführten Korrespondenz dem Bericht beigefügt (Anlagen 1 und 2). Ergänzen möchte ich zu diesem Fall, dass die Bauvoranfrage wegen der ablehnenden

Haltung des Amtes für Baurecht und Denkmalschutz zurückgezogen wurde. Es geht mir jetzt auch nicht um den Erfolg dieses Antrages, sondern um die anlässlich dieses Falles aufgetretenen Mängel in der rechtlichen Handhabung des Denkmalschutzrechtes und des Baurechtes. Es liegt nahe anzunehmen, dass auch andere bau- und denkmalschutzrechtliche Fälle in ähnlicher Weise wie der geschilderte Fall gehandhabt werden. Das veranlasst mich, Ihnen diese Angelegenheit vorzutragen, um im Interesse der Bürger vielleicht dazu beizutragen, dass in ähnlichen Fällen bau- und denkmalschutzrechtliche Prüfungen in der rechtlich erforderlichen Weise vorgenommen werden.

Im Übrigen möchte ich aber auch noch eine Bemerkung machen zu der bereits erwähnten mündlichen Erörterung des Falles. Sie begann nämlich damit, dass die Bauverwaltung sofort und ohne jede Erörterung zur Sache mitteilte und klarstellte, dass an eine Genehmigung unter gar keinen Umständen zu denken sei. Daran ist auch im Verlaufe des Gespräches festgehalten worden. Ich muss sagen, dass Erörterungen solcher Art nicht der Entwicklung und der Erarbeitung einer Vermittlungslösung dienen können, auf die es doch ankommen sollte. Sie spiegeln nur den äußeren Anschein einer zweckmäßigen Zusammenarbeit vor, wenn das Ergebnis einer Erörterung sowieso von Anfang an feststeht. Dies muss ich erwähnen, weil nicht nur in der geschilderten Denkmalschutzsache so vorgegangen worden ist, sondern auch bereits in einer Erörterung im großen Kreise anlässlich eines früheren baurechtlichen Konfliktes, der im vorigen Berichtsjahr dann im Sinne der Betroffenen Bürgerin durch eine Weisung der Frau Oberbürgermeisterin beendet wurde.

Nach § 4 Abs. 3 der die Tätigkeit des Bürgerbeauftragten regelnden Satzung in ihrer Neufassung kann der Bürgerbeauftragte nicht nur auf in seinem Wirkungskreis festgestellte Probleme hinweisen, sondern auch Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Freiheit dies zu tun ist verbunden mit der Verpflichtung zu prüfen, ob und welche Vorschläge zweckmäßig sind. Den geschilderten Problemen aus dem Bereich des Baurechtsamtes – es könnten auch noch zusätzliche genannt werden – ist gemeinsam die für die Bürger nachteilige Anwendung und meines Erachtens rechtlich fehlerhaft Anwendung des allgemeinen Verwaltungsrechts, das die Zulässigkeit bestimmter Auflagen und Fristen, die Interessenabwägungen bei Ermessensentscheidungen zur Regelung von Interessenkonflikten, die Pflicht zur zügigen Bearbeitung eiliger Angelegenheiten und insgesamt die Pflicht zur Gesetzmäßigkeit allen Verwaltungshandelns regelt. Die wünschenswerte Vermeidung der ungerechtfertigten Benachteiligung von Bürgern in diesen Problemfeldern ließe sich jedenfalls nach Einlegung von Widersprüchen dadurch fördern, dass in solchen Fällen, in denen das Baurechtsamt dem Widerspruch nicht abhelfen möchte, die Angelegenheit dem Rechtsamt zur Prüfung vorgelegt wird, bevor die Sache an das Regierungspräsidium abgegeben werden darf.

Davon kann auch ein gewisser Einfluss auf die Praxis des Amtes erwartet werden. Nach meinen Informationen ist in der Stadt Heidelberg früher in etwa in dieser Weise verfahren worden und in Anbetracht der geschilderten Situation möchte ich anregen und empfehlen, dazu zurückzukehren. Einen entsprechenden Vorschlag habe ich bereits der Frau Oberbürgermeisterin unterbreitet, die darauf mit ihrer Weisung vom 10. April 2002 über das „Vorgehen bei Widersprüchen“ reagiert hat. Die darin angeordneten Maßnahmen sind meines Erachtens aber zur Beeinflussung in der von mir geschilderten Problematik nicht erfolgversprechend, weil die Weisung der Frau Oberbürgermeisterin in erster Linie darauf abzielt, der Entscheidung von Bescheid und Widerspruch in einer Hand entgegenzuwirken und eine „zweite, möglichst höher gelegte Überprüfung“ herbeizuführen. Auch das ist eine sinnvolle Regelung. Sie würde in den von mir geschilderten Problemfällen aber deshalb kaum greifen, weil die in den Sachen geführte Korrespondenz schon über den zuständigen Dezernenten und Amtsleiter gelaufen ist oder weil anzunehmen ist, dass es sich ohnehin um eine bekannte und als bewährt angesehene Übung des Amtes handelt (z.B. Text der Mitteilungen zur Rücknahme des Widerspruchs).

Einen letzten Fall muss ich Ihnen berichten aus dem Bereich der städtischen Versorgungsbetriebe. Er betrifft den Konflikt zwischen den Stadtwerken (SWH, HVV) und einem Heidelberger Ehepaar, der seit Juni 2000 noch keine Lösung gefunden hat und Anlass dafür sein sollte, für Fälle der gleichen Art sinnvolle Regelungen festzulegen – wofür auch Initiativen des Gemeinderates infrage kommen.

Der Fall: Ein Heidelberger Ehepaar wohnt in einem Eigenheim, das im hinteren Teil eines Grundstücksgarten liegt. Die Wasserversorgung läuft über das Haupthaus an der Straße, in dem sich auch der Wasserzähler befindet. Auf dem Weg zwischen Wasserzähler und Verbrauchsstellen ist ein großer Wasserverlust eingetreten, der entdeckt wurde, als der betroffene Bürger vor einem Urlaub die Zähleruhren kontrollierte und dabei eine Bewegung des Wasserzählers feststellte, ohne dass eine Wasserentnahmestelle geöffnet war.

Unstreitig sind auf diese Weise

4.400 Kubikmeter Wasser verloren gegangen. Das Problem besteht nun darin, dass die Stadtwerke bisher den vollen Wasserpreis - fast 10.000 Euro – verlangen mit der Begründung, das Wasser sei durch den Zähler gelaufen und müsse deshalb auch in voller Höhe bezahlt werden. Dieser Auffassung kann meines Erachtens aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht zugestimmt werden:

Die bisherige Sichtweise der HVV, es müsse in jedem Fall vom Preis des durch den Zähler

gelaufenen Wassers ausgegangen werden, ist keineswegs so logisch oder sinnreich, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Es beziehen sich nämlich die Preise für das von den Versorgungsbetrieben zur Verfügung gestellte Wasser jedenfalls bei Privatkunden grundsätzlich auf den Wasserverbrauch des Privatkunden, also auf solche Wassermengen, die von den Bürgern auf die dafür vorgesehene Weise für ihren Verbrauch oder Gebrauch aus dem städtischen Wassernetz entnommen werden. Ein solcher, inhaltlich bestimmungsgemäßer Verbrauch von Wasser fehlt, wenn der Bürger gar kein Wasser für seinen Verbrauch oder seinen Nutzen entnommen hat, sondern stattdessen das Wasser – ohne sein aktives Zutun – aufgrund des im Leitungsnetz herrschenden Druckes durch den Zähler gedrückt wird und im Leitungsteil des Bürgers vor den dafür vorgesehenen Entnahmestellen ohne seine Kenntnis versickert. Dann hat kein Verbrauch von Wasser stattgefunden, sondern ein Verlust von Wasser. Dieser Wasserverlust fällt zwar in die Verantwortung des jeweiligen Bürgers und deshalb ist es auch angebracht, dass er für den im Wasserverlust liegenden Schaden aufzukommen hat. Nach allgemeinen Prinzipien des Privatrechts ist zum Ausgleich von Schäden aber nur der Zustand wieder herzustellen, der bestanden hätte, wenn es zu dem schädigenden Ereignis (hier: Wasserverlust) nicht gekommen wäre. Für den vorliegenden Fall heißt das: Wäre es zu dem Versickern des Wassers auf dem Grundstück des Bürgers nicht gekommen, dann hätte die HVV über weitere 4.400 Kubikmeter Wasser verfügen können, weil diese durch die Familie nicht verbrauchte Menge nicht versickert und folglich auch nicht durch den Zähler gelaufen wäre. Demgemäß kann und sollte zum Ausgleich des Schadens nach dem bürgerlichen Prinzip des Naturalausgleiches die Rück-gewährung von 4.400 Kubikmeter Wasser oder der dafür im Wasserhandel zu zahlende Frischwasserpreis verlangt werden, der nach meinen Informationen bei ca. 0,80 Euro pro Kubikmeter liegt.

Dem hat die HVV bisher entgegengehalten, sie habe in ähnlichen Fällen bereits Gerichtsentscheidungen zu ihren Gunsten erwirkt und sie beabsichtige grundsätzlich, an der Durchsetzung des vollen Wasserpreises festzuhalten. Wenn es solche Entscheidungen gegeben hat – ich will das nicht bezweifeln - , dann heißt das ja nun aber nicht, dass sie auch immer erwirkt und durchgesetzt werden müssten. Ein solch rigides Vorgehen würde meines Erachtens nicht im Einklang stehen mit der grundsätzlichen Haltung der Stadt zu Qualität der Versorgung der Bevölkerung mit Energie und Wasser. Es muss daran erinnert werden, dass diese Versorgung traditionell einen Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge für die Bürger einer Kommune darstellt. Zu dieser Aufgabe bekennt sich die Stadt Heidelberg, die deshalb bisher grundsätzlich davon abgesehen hat und auch weiterhin davon absehen will, die stadteigenen Versorgungsgesellschaften, der die Leistungen der Daseinsvorsorge übertragen wurden, zu verkaufen an Unternehmen, deren Geschäftszweck frei von

daseinsvorsorglicher Verpflichtung nur in der Erzielung von Gewinnen liegt. Zu dieser Haltung der Stadt stünde in Widerspruch, wenn die stadteigenen Versorgungsgesellschaften sich unter Berufung auf ihre Teilnahme am Marktgeschehen zulasten von Bürgern einseitig in ähnlicher Weise erfolgsorientiert verhalten sollten, wie kommerzielle Versorgungsunternehmen ohne städtische Bindung.

Dafür, dass in Schadensfällen der hier geschilderten Art nur Schadensersatz im eigenen Verantwortungsbereich verloren gegangenes Wasser und nicht der volle Kaufpreis für verbrauchtes Wasser zu Grunde zu legen ist, spricht auch die folgende Überlegung: Die von den SWH als Teil der HVV erwirtschafteten Gewinne werden nach meinen Informationen letztlich eingesetzt für den Nahverkehr (HSB), also für Zwecke, die die Stadt im Interesse ihrer Bürger verfolgt. Das bedeutet, dass über den Wasserpreis der SWH und die HVV die Bürger nach Maßgabe ihres Wasserverbrauches beteiligt sind an der Finanzierung des der Allgemeinheit dienenden Nahverkehrs (HSB). Es ist wirklich schwer einzusehen, dass solche Bürger auch noch in höherem Maße als nach ihrem Wasserverbrauch daran beteiligt werden sollen, die schon das Unglück eines Wasserverlustes getroffen hat. Aus meiner Sicht wäre es nicht in Ordnung, aus dem Unglück einzelner Bürger nun auch noch erhöhte Beiträge von ihnen für städtische Zwecke (Nahverkehr) zu erwarten und zu verlangen, die ohne den ohnehin zu tragenden Schaden nicht angefallen wären.

Aus diesen wesentlichen Gründen – es gibt auch noch weitere – plädiere ich nachdrücklich dafür, für Opfer von Wasserverlustfällen generell eine Handhabung zu finden, die im Ergebnis in etwa und mindestens in dem Ersatz des eingetretenen Wasserschadens besteht, der ausgehend vom Wiederbeschaffungswert des Frischwassers zuzüglich Verwaltungskosten auf ca. 50 % des für die gleiche Menge zu zahlenden Verbrauchspreises festgelegt werden könnte. Auch damit treffen Schadensopfer noch erhebliche finanzielle Belastungen. Im vorliegenden Fall wären es immer noch fast 5.000 Euro, die das Rentnerehepaar wahrlich nur schwer aufbringen kann.

Nach meinen Informationen wird in anderen Städten (z.B. Freiburg, Pforzheim) in ähnlicher Weise verfahren. Im konkreten Einzelfall hat sich auch Frau Oberbürgermeisterin Weber auf meine Anregung schon für eine Lösung in der hier vorgeschlagenen Weise eingesetzt, ohne dass es bisher dazu gekommen ist. Ich schlage vor und rege an, über den geschilderten Einzelfall hinaus eine grundsätzliche Regelung für den Bereich der HVV herbeizuführen. Eine Initiative des Gemeinderates könnte in geeigneter Weise – sei es durch eine Weisung oder eine Empfehlung - den Weg dahin ebnen.





Ich appelliere an Sie, sich dieser Sache anzunehmen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch erwähnen, dass in anderen Bereichen der HVV durchaus sinnvolle und gute Regelungen erreicht werden konnten. Dies trifft z.B. zu in einem Fall, in dem anlässlich von Arbeiten am elektrischen Leitungssystem in einem Haus Schäden an allen Elektrowerkzeugen und –geräten entstanden. Hier ist nach Ablehnung des Schadensersatzes durch den Haftpflichtversicherer aufgrund einer von mir gestarteten Initiative die SWH in den Ersatz des entstandenen Schadens eingetreten.

Noch einmal möchte ich betonen, dass es im vergangenen Jahr auch manches andere Beispiel guter, erfolgreicher Zusammenarbeit mit den städtischen Ämtern und Einrichtungen gab, über die ich sehr gerne berichtet hätte. Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich stattdessen im Rahmen der mir für diesen Bericht zur Verfügung stehenden Zeit mir drängend erscheinende Probleme vorrangig erörtert habe.

- Es gilt das gesprochene Wort -

-

Anlagen			
 Anlage1.pdf	 Anlage2.pdf	 Anlage3.pdf	 Anlage4.pdf